

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanzschluß Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Musikrisches Sonntagsblatt, Mode und Heim,
Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung,
1 Mark 20 Pf. durch den Fremdenträger,
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 279.

Dienstag den 29. November.

1898.

Für den Monat Dezember werden noch Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegengenommen. Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Eine Vereinigung von Lehrern aller Unterrichtsanstalten.

„* In Greifswald hat am 12. d. die constituirte Versammlung einer Lehrervereinigung stattgefunden, der sich sofort 40 Professoren der Universität, sämtliche Lehrer des Gymnasiums und der Realschule, die meisten Lehrer der höheren Mädchenschulen, fast alle Lehrer an den Bürger- und Volksschulen, sowie Lehrer der Landwirtschaftsschule in Ohreua, über 100 Mitglieder angeschlossen. Professor Bernheim, der die Anregung zu dieser „Vereinigung“ gegeben hat, und der auch zum Obmann gewählt wurde, bezeichnete die Aufgabe derselben nach den „Pomm. Blättern“ also: „Für die Lehrer aller Schularten gibt es ein reiches Feld gemeinsamer Interessen. Wissenschaft und Unterricht hängen auf das Engste zusammen. Die Schule empfangt von der Wissenschaft zunächst den Stoff, den sie den Schülern zu bieten hat, und es verdient die sorgfältigste Ueberlegung, wie weit jede Welle der Forschung in den Unterricht hineinragen darf. Wir sind oft erstaunt, wie unvernünftig man die Ergebnisse der Wissenschaft in die Schule einzuführen sich bemüht.“ (S. Rheinische Directoren-Conferenz, 1894.) Gerade in unserer Zeit, wo Alles in Bewegung ist, muß man doppelt vorichtig prüfen, ob man jeglichem Neuen die Schulthür öffnen darf. (Redner erinnert an die auf Piquart sich gründende Methode des Französischen u. a.) — Weiter bietet die Wissenschaft auch das Richtziel für die Methode, wie andererseits auch die Methode die Wissenschaft beeinflusst. Es ist z. B. der rückwärtsgehende Vortritt in der Geschichte von der Wissenschaft gerichtet; denn er zerstört den Sinn für die Zeitfolge und den Begriff der Entwicklung. — Nach dem Redner die Beziehungen der Universität zum Gymnasium dargelegt hat, zeigt er, daß solche auch zur Volksschule vorhanden sind und meint, die Elementarschule sei die hohe Schule der Methode, auch für den Unterricht auf der Universität, denn dort fließe der Strom der Pädagogik am kräftigsten. Man könne sich freilich aus Büchern über Unterrichtstagen informieren, aber diese könnten nie den persönlichen Verkehr ersetzen. „Wir haben alle an einem Werte, und es kam keinem von uns gleichgültig sein, wie an der Spitze, wie an der Basis gearbeitet wird; denn die Volksbildung ist ein Ganzes.“ Auf die Ausföhrung seines Planes eingegangen, meint Redner, es sollten in erster Linie pädagogische Themen behandelt werden, Stoffliches aber nicht ganz ausgeschlossen sein. Zunächst wären allgemeine Fragen zu bearbeiten, die alle Schuljungen angehen; später könnten auch Sectionen gebildet werden. Monatlich solle eine Sitzung stattfinden, die Organisation vorläufig eine ganz lose sein; ein Obmann, der die Geschäfte führe, möge genügen, bis man später vielleicht einen Vorstand wähle. „Sollten wir scheitern, schloß der Redner, so kann uns der Versuch nur zur Ehre gereichen; haben wir aber Erfolg, so schaffen wir vielleicht etwas, das in deutschen Vaterlande vorbildlich wirkt.“ Der dieser Vereinigung zu Grunde liegende Gedanke hat, namentlich auch in den Kreisen der Volksschullehrer, lebhaften Beifall gefunden. Die Regimenter „Preuß. Schutz.“ giebt ihrer Freunde über diese Vereinigung und ihrem Wunsch, daß

dieselbe zum Vorbild für andere Orte dienen möge, Ausdruck und bemerkt dann: „Das hatten wir schon bei der Gründung unserer Lehrervereine im Auge, aber es schien, als sollte das nur ein schöner Traum bleiben. Jetzt wird der Traum Wahrheit. Und dazu haben sicher unsere Lehrervereine auch ein gut Theil beigetragen, sie haben den Idealismus und die Wissenschaft in ihren bescheiden Kreisen treu gepflegt und mancher lehrmäßig gebildete Lehrer ist dadurch zu tieferem Studium angeregt und manches Werk von nicht vorübergehendem Werthe ist dadurch ins Leben gerufen worden. Wir aber gratuliren den Greifswalder Collegen zu diesem schönen Erfolge, wir danken den Herren der Lehrererschulen und der Universität für die Aufnahme eines Verhältnisses, das eine neue Entwicklung unseres gesammten Schulwesens einzuleiten geeignet ist.“

Die Beilegung der lippe'schen Streitfrage

wird offiziell durch das „Wolff'sche Telegraphen-Bureau“ angekündigt. Dasselbe berichtet aus München:

Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Stuttgart telegraphirt, infolge der persönlichen Rücksprache des Kaisers mit König Wilhelm und dem Prinzregenten Antipolo in München sei in der lippe'schen Frage eine Wendung eingetreten, welche allen Vaterlandsfreunden zur Befriedigung gereichen könne. Zwischen dem Kaiser und der Mehrzahl der größeren Bundesfürsten sei Uebereinstimmung dahin erzielt, daß auch in der Behandlung dieser Frage, die großen nationalen Gesichtspunkte den Ausschlag geben müßten, denen gegenüber kleinere Divergenzen zurückzutreten hätten.“ Die „Nat. Ztg.“ bezieht die Angabe, daß in den Verhandlungen des Bundesraths die Bezeichnung des Graf-Regenten von Lippe-Dehmold als „Erlaucht“ verändert worden ist, als vollkommen begründet. Aber die deutsche Bundesversammlung hat doch in den Sitzungen vom 18. August 1825 und 13. Februar 1829 beschlossen, daß den Häuptern der vormals reichsfürstlichen gräflichen Häuser das Prädikat Erlaucht ertheilt werde; und dieser Beschluß ist durch die Kabinetts-ordre vom 21. Februar 1832 (abgedruckt in der Ges.-Samml. von 1832, S. 129) für Preußen genehmigt und publizirt worden. Danach stand dem Grafen Ernst von Lippe-Biesterfeld das Prädikat Erlaucht schon zu, bevor er Regent des Fürstenthums Lippe-Dehmold wurde.

Nach dem „Neuen Wien. Tagebl.“ haben „fast“ sämtliche deutsche Bundesfürsten die Denkschrift des Graf-Regenten von Lippe mit „sehr höflichen Antwortschreiben“ erwidert. Das Blatt erzählt ferner, daß, als der Erbgraf zur Lippe in Kassel dem deutschen Kaiser ein Schreiben des Graf-Regenten überreicht habe, worin Letzterer seinen Regimentsantritt notifizirt, der Kaiser ihn in der Jagdhofe empfangen und nur einige Worte an ihn gerichtet hätte.

In der Dreifuß-Angelegenheit

ist das Interesse augenblicklich vorwiegend auf den Fall Piquart gerichtet, der die breite Öffentlichkeit in ausgiebigster Weise beschäftigt während von der Thätigkeit des Kassationshofes nur das Wenige bekannt wird, was amtlich zu Veröffentlichungen für gut befunden wird. Das Geheimnis, mit dem der höchste Gerichtshof sich umgibt, ist wirklich einmal un-durchdringlich und so gut bewahrt, daß es nicht einmal möglich ist, auch nur die Ungeheuerlichkeiten der Sitzungen zu beschreiben. Der ganze Flügel des Justizpalastes, so wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet, den der höchste Gerichtshof einnimmt, ist nicht nur für das große Publikum, sondern auch für die

Richter, Advokaten und Bedienten des Justizpalastes abgeschlossen; an den beiden Zugängen steht je ein Gardist mit aufgepflanztem Seitengewehr. Er weiß gar nichts, als daß es ihm verboten ist, irgend Jemandem eintreten zu lassen; da hilft kein Verhandeln und kein Unterhandeln, und aller Flehens eifer scheitert an beiden Posten. Die amtliche „Agence Havas“ und die noch amtlichere „Gazette des Tribunaux“ veröffentlichen täglich kurze Notizen über die Sitzungen des Kassationshofes, aber selbst diese inhaltsarmen Bulletins gehen in ihren Behauptungen gewöhnlich auseinander. Soviel ist nur sicher, daß der Kassationshof mit Feuersifer arbeitet.

Eine öffentliche Bewegung zu Gunsten Piquart's, welche die Regierung schwerlich ignoriren kann, beginnt sich mit Macht zu entfalten, seitdem bekannt geworden ist, daß Piquart vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll. Eine Anzahl hervorragender Männer, Gelehrte, Senatoren, Künstler, Schriftsteller und andere „Intellektuelle“ erheben öffentlich Einspruch wider die gegen Piquart gerichteten Anklagen. Sie fordern zu weitem öffentlichen Einspruch auf. Die Wolff'sche Bureau aus Paris meldet, trägt der Protest gegen die Verfolgung Piquart's bereits tausende von Unterschriften, darunter diejenigen von Anatole France und Adolf Carnot, dem Bruder des verstorbenen Präsidenten.

Auch die französischen Parlamente werden sich mit der Sache demüthig zu beschäftigen haben. Wie verlautet, beabsichtigen Millerand, Ribot und Poincaré am nächsten Montag einen Antrag einzubringen, welcher bezweckt, Piquart der Jurisdiction des Kriegsgerichts zu entziehen.

Am Senat beabsichtigt Volland eine Interpellation einzubringen über die Zweckmäßigkeit, die Aburtheilung Piquart's durch das Kriegsgericht bis nach der Entscheidung des Kassationshofes hinauszufchieben.

Eberhazy schlägt, wie der „Radical“ mittheilt, geht von der öffentlichen Meinung und der eigenen Furcht, um den Händen der Gerichte zu entgehen, von Land zu Land. Von London begab er sich nach Holland, wo er in einem Amsterdamer Zingeltangel von zwei Franzosen gesehen und angesprochen wurde. Er schloß sich nicht mehr sicher in England, weil der Richter Verulius in Folge der Klage seines Vaters Christian Eberhazy wegen Betruges die Auslieferung des Majors treibt. Als er davon Wind erhalte, floh Eberhazy nach Holland, wo die Auslieferungsformalitäten noch verwickelter sind als in England.

Politische Uebersicht.

Belgien. Ueber die Abrüstungsfrage wurde am Freitag in der belgischen Repräsentantenkammer verhandelt. Die Kammer lehnte eine Tagesordnung des Sozialisten Denis ab, in welcher verlangt wird, daß die Regierung die Nichtschar ihres Verhaltens für die Abrüstungskonferenz lehnte. Der Minister des Auswärtigen hielt die Ansicht aufrecht, daß die belgische Regierung, die dem Vorschlag des Kaisers von Rußland zustimmte, sich nicht an dessen Stelle legen dürfe hinsichtlich des weiteren Vorgehens.

Spanien und Amerika. Die Annahme der amerikanischen Friedensbedingungen einschließlich der Abtretung der gesammten Philippinen durch Spanien ist Tsafache. Der spanische Ministerrath genehmigte am Freitag einstimmig die Note, welche an die Friedenscommission nach Paris telegraphirt werden wird. Ueber den Inhalt der Note wird Stillschweigen beobachtet. Man glaubt, daß die Verhandlungen über die Philippinenfrage am nächsten Montag zum Abschluß gelangen werden. Dieser letzte Schach deutet unumwunden darauf hin, daß Spanien sich gefügt hat. — Am Freitag Abend 10 Uhr fand ein vom

Präsident McKinley einberufenen außerordentlichen amerikanischen Ministerrat hat, der über die von der Friedenskommission in Paris eingegangenen Nachrichten berieht. Wie verlautet, berichteten letztere über die von den Spaniern in nicht formeller Weise gemachten Gegenverschlüsse. Nach dem Kabinetsrathe sandte Präsident McKinley an die Friedenskommission eine Depesche, in der er die früheren Instruktionen wiederholte. — Wie der Madrider „Imparcial“ meldet, enthalten die an Montero Rios gesandten Instruktionen die Befehle, weiter für die Aufrechterhaltung der Oberhoheitsrechte Spaniens über die Philippinen einzutreten, jedoch den Friedensvertrag ohne Protest zu unterzeichnen, um eine Angelegenheit zum Abschluss zu bringen, welche die größten Gefahren für Spanien mit sich bringen könnte.

Russien. Ein russisches Dementi in der östlichen Frage bringt das offizielle „Journal de St. Petersburg“, wie folgt: Die englische Presse hat unter Hinzufügung von aller Art Kommentaren gewisse Gerüchte über die angebliche Besetzung der Stadt Niutschwang durch russische Truppen in Umlauf gesetzt. Nach aus guter Quelle geschöpften Erkundigungen sind wir in der Lage festzustellen, dass die Nachrichten keineswegs Begründung haben. Das den Vornamen zu diesen Gerüchten hat geben können, ist wahrscheinlich die Annahme einer gewissen Anzahl Mitglieder des Wächterpersonals der chinesischen Döbahn in Niutschwang. Was die von den Korrespondenten englischer Blätter übermittelten tendenziösen Nachrichten über die Besetzung der Provinz Tschihi angeht, die von Russland geplant sein sollte, so entsprechen diese ebenbürtig der Wahrheit. — Es sind ziemlich vier Wochen her, daß die Besetzung des Vertragshafens Niutschwang durch russische Truppen in der bestimmtesten Form gemeldet wurde. Auffallend ist die starke Verwägung dieses Dementis, und verdächtig ist die Annahme von Mitgliedern des Wächterpersonals der chinesischen Döbahn in Niutschwang. Dieses Wächterpersonal besteht bekanntlich aus — Kosaken.

Türkei. Die Admirale auf Kreta beschloßen, den türkischen Truppen das Verlassen der Insel behufs Einschiffung des Kriegsmaterials nicht zu gestatten, sondern dies selbst bezogen zu lassen. — Admiral Strylow erhielt 18 000 Kubel zur Verteilung an die mohamedanischen Armeen in Retimo. Ein Bataillon Bergkrieger ist am Sonnabend unter begünstigten Kundgebungen der christlichen Bevölkerung nach Italien abgegangen. — Die Gesandten der vier Mächte vollzogen am Sonnabend dem König von Griechenland die Ernennung des Prinzen Georg zum Oberkommissar auf Kreta. Der König gab seine Genehmigung zur Annahme des Amtes, wobei er gleichzeitig seinem Danke Ausdruck verlieh. Der Prinz erklärte, er werde nach Kräften danach trachten, der Insel den Frieden wiederzugeben. — Die Regelung der macedonischen Frage durch die europäischen Mächte unter Anwendung von Gewalt gegen die Türkei ganz nach Analogie der Regelung der Kretafrage scheint in der That bevorzuziehen. Von Petersburg und Rom wird gleichzeitig gemeldet, wenn die Fortre nicht endlich Mazedonien die im Berliner Vertrage zugesicherten Reformen bewillige, würden die Mächte im nächsten Jahre die Ordnung der Dinge wie in Kreta in die Hand nehmen. Auch der bekannte englische Reisende Stead, der jüngst mit dem Zaren in Wladia eine Unterredung über die Abrüstungsfrage hatte, befragte, wie der „Voss. Ztg.“ gemeldet wird, diese Lösung der macedonischen Frage als einen Anspruch des Kaisers Nikolaus.

Asien. Handels Rüdigung aus Fajodba begegnet großen Schwierigkeiten. Wie verlautet, verzögert Menelik dem Kapitän Marchand die Erlaubnis über die Westküste zurückzuführen. Das ist sicher auf den Einfluß der Engländer zurückzuführen, deren Gesandter Harrington augenblicklich am Hoflager Meneliks weil und dem französischen Gesandten Lagarde den Vorrang abgelaufen hat.

Deutschland.

Berlin, 28. Nov. Das Kaiserpaar traf am Sonnabend um 11 Uhr vormittags auf dem festlich geschmückten Bahnhof in Potsdam ein. Zum Empfang waren anwesend außer den kaiserlichen Kindern die hier weilenden Prinzen und Prinzessinnen, der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, die Staatssekretäre und Staatsminister, die gesammte Generalität, die Regimentskommandeure, die Geistlichkeit und die Spitzen der Provinzial- und städtischen Behörden. Das Kaiserpaar begrüßte die Anwesenden sehr herzlich und zeichnete viele durch Ansprachen aus. Auf dem Wege zum Stadtschloß bildete die Garnison Potsdam mit den Fahnen und die Schützen Esplanade. Die Kirchenorgeln künelten. — Die Ueberriedelung des Kaiserpaars nach Berlin erfolgt nach der Berl. Börsenztg. nicht vor Mitte Januar.

— (Der Kaiser) trat unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Potsdamer Bahnhof mit den zu seiner Begleitung erschienenen Ministern und Staatssekretären im Fürstlichen zu einer Besprechung zusammen, die eine volle Stunde währte. Hierzu liegt jetzt eine amtliche Mitteilung im Reichsanzeiger, die über den Inhalt dieser Konferenz Aufschluß giebt und folgendermaßen lautet: „Seine Majestät der Kaiser und Königin und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin wurden bei Allerhöchster Eignung am Sonnabend Vormittag um 11 Uhr erfolgten Anlaufe in Potsdam durch das gesammte Staatsministerium begrüßt. Namens desselben gab der Reichskanzler der lebhaften Freude über die glückliche Heimkehr des erlauchten Kaiserpaars warmen Ausdruck. Seine Majestät der Kaiser nahm hierauf Anlaß, die Staatsminister um sich zu versammeln, und gerühten, über die erreichten und für die Zukunft noch zu erhoffenden Ergebnisse ihrer Orientreise, sowie über die augenblickliche politische Lage am Mittelmeer unter dem Ausdrücke Allerhöchster Befriedigung mit den erzielten Erfolgen dem Staatsministerium eingehende Mitteilungen zu machen.“

— (Bei der Ankunft des Kaiserpaars in Stuttgart) waren nach süddeutschen Blättern ungewöhnlich zahlreich angezogen worden, was auf den Umstand zurückzuführen gewesen sei, daß ein italienischer Anarchist Namens Zanardi gekümpert hätte, in verdächtiger Absicht nach Stuttgart reisen zu wollen. Nach der Nord. Allg. Ztg. bestätigt es sich in der That, daß jene Maßregeln auf Veranlassung der italienischen Regierung gesehen waren. Nach neueren Nachrichten ist es indessen den italienischen Behörden noch rechtzeitig gelungen, den Zanardi auf italienischem Boden zu ergreifen und dingfest zu machen.

— (Endernung des Reichstags.) Die kaiserliche Verordnung, welche den Reichstag zum 6. Dezember beruft und die das „Reichsgesetzblatt“ am Sonnabend veröffentlicht, ist aus Baden-Baden, 25. Nov., datirt. Den Mitgliedern des Reichstags bleiben gerade noch 10 Tage für die zur Reise nach Berlin erforderlichen Vorbereitungen.

— (Parlamentarische.) Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht in seiner Nr. vom 26. d. den Vorschlag über die privaten Versicherungsunternehmungen nebst Begründung, der den Regierungen zur Begutachtung zugegangen ist. — Der Vorschlag über die Verlängerung des Reichsbankprivilegs auf weitere 10 Jahre, vom 1. Januar 1900 ab, schlägt eine Erhöhung des Grundkapitals (zur Zeit 120 Millionen) und eine solche des steuerfreien Reservekontos (292 Millionen Mk.) entsprechend der seit Erlass des Bankgesetzes eingetretenen Vermehrung der Bevölkerung um 10 Millionen Köpfe und der Regierung der wirtschaftlichen Schätzigkeit vor. — Der Vorschlag über den Schutz der Angelegten im Handelsgewerbe enthält, der Nord. Allg. Ztg. zufolge, nicht nur Bestimmungen über die Einführung einer Minimalhöhe, sondern auch solche über den Adressenschluß, die aber, wie es scheint, nicht so weit gehen, wie in dem seitens der Kommission für Arbeitsstatistik ausgearbeiteten Entwurf.

— (Die Bildung eines dritten bayerischen Armee-corps) ist nach der Münchener Allg. Ztg. in der neuen Militärvorlage vorgesehen. Das offizielle Bülletten-Bureau verbreitet diese Nachricht und fügt hinzu: Als Sitz des Generalkommandos ist Nürnberg in Aussicht genommen. Das neue Armee-corps soll, wie verlautet, gebildet werden aus der fünften, sechsten, achten und ersten Infanterie-Brigade, während das zweite Armee-corps in Zukunft aus der siebenten, neunten, zehnten und zwölften Brigade bestehen soll. Regensburg soll einen Divisionsort erhalten. Für das neue Armee-corps wird ferner ein Detachement Jäger zu Pferde gebildet.

— (Zur Besoldungsvorlage der Unterbeamten) läßt Herr v. Miquel jetzt nachträglich mitteilen, daß neben der Vermehrung der Stellenzulagen mit Rücksicht auf die Bescheidenheit der Zueverungsverhältnisse innerhalb einer Beamtenklasse auch die zur Befähigung von Häften und Ungleichheiten erforderliche Aufseherung mancher Beamtenklassen zur Erwägung steht. In der Staatsministerialfassung vom 21. November ist über die vielen Unterbeamten zugeachteten Gehaltsverbesserungen bereits Beschluß gefaßt. — Wenn bereits Beschluß gefaßt ist, so verstehen wir nicht, warum man nur in so verzweifelter, jeder Auslegung unterworfenen Weise darüber Mitteilungen in der Presse macht, anstatt einfach und klar zu sagen, in welchem Umfange Gehaltsverbesserungen bezw. neue Stellenzulagen bewilligt werden sollen. — (Betreffs der jüngsten Ausweisungen) führt eine längere Darlegung der „Berl. Corr.“ folgendes aus: „Ausweisungen ungewöhnlicher Art

sind in Breslau überhaupt nicht vorgekommen. Auch aus Cronau an der holländischen Grenze sind, abgesehen von Ausweisungen, die aus politischen Gründen (Prostitution, Trunkenheit u. s. w.) verfügt wurden, nur 12 Ausweisungen erfolgt; es handelte sich dabei ausschließlich um junge Leute, die in das militärische Alter eingetreten waren, aber ihre Naturalisation nicht beantragt hatten. Lediglich in Nordschleswig fanden in letzter Zeit aus politischen Rücksichten Ausweisungen in größerer Anzahl statt, und zwar sind seit dem 1. Febr. 1898 117 Personen mit 18 Familienangehörigen ausgewiesen worden.“ Das offiziöse Organ beleuchtet eingehend die nationale Lage in Nordschleswig und die staatsfeindliche Agitation daselbst, die vom Auslande her fortgesetzt genährt werde. Die Masse der Ausweisung werde der Regierung durch das Verhalten der dänisch gesinnten Bevölkerung Nordschleswigs selbst in die Hand gedrückt. Auch die Ausweisung von Dienstboten und des Getandes sei gerechtfertigt, da sie als Werkzeug im Kampf gegen das Deutschthum gebraucht würden.

— (Die Ausweisungsbefehle) für zwei angegebene polnische Großausweise in Breslau ist nach der „Tag. Ztg.“ wieder rückgängig gemacht worden.

— (Für die Ueberwachung der anarcho-politischen Bewegung) haben sich nach der Nord. Allg. Ztg. sämtliche deutsche Bundesregierungen neuerdings über einheitliche Grundsätze geeinigt. Zur Bekämpfung des nachrichtendienstlichen sollen sich die Polizeibehörden künftig auf diesem Wege bestimmte Mitteilungen machen; außerdem soll eine gemeinsame Sammelstelle für Nachrichten in Berlin eingerichtet werden.

— (Wegen anarcho-politischer Umtriebe) sind nach dem Berl. Tagbl. in Michelbach in Hessen 24 beim Tunnelbau beschäftigte Italiener verhaftet worden.

— (Eine Grenzregulierung) ist in jüngster Zeit zwischen Holland und Preußen vorgenommen worden, so daß kein Staat zu kurz kam. Viele Grenzbesitzer der Kreise Reppen und Altsiedorf hatten nämlich ihre Wohnhäuser auf deutschen und die zugehörigen Gärten und Feldungen auf holländischem Boden. Diese Besitzungen standen sehr hoch im Werthe, ihre Hauptbesitzer waren Schmirgeler. Durch eine holländische und preussische Kommission wurde die Verlegung der Grenzlinie vorgenommen, um die zusammengehörenden Besitzlichkeiten einem und demselben Staate zuzumessen.

— (Colonialpost.) Die Nachricht von einer neuen deutschen Colonialisierung wird vom Londoner „Standard“ wieder einmal verbreitet. Der Berliner Vertreter des Blattes will erfahren haben, daß portugiesische Gebiet nördlich vom Sambesi wurde an Deutschland abgetreten werden, sobald das vereindarte englisch-deutsche Abkommen in Kraft trete. — Auf Samoa beabsichtigen nach einer Meldung der Times aus Sidney deutsche und britische Kriegsschiffe eine gemeinsame Kundgebung gegen Malinua, den Sitz des verstorbenen Königs Malietoa zu unternehmen. Diese Kundgebung scheint hervorgerufen zu sein durch die Unzufriedenheit der Samoaner mit der Verzögerung der Königswahl. Nach einem Privatbrief aus Apia, der der Voss. Ztg. über San Francisco vom 6. November zugeht, hat der aus der Verbannung zurückberufene Mataafa noch keine Aussicht, an die Spitze der Regierung berufen zu werden. Im Gegentheil bekräftigen die in Apia noch lebenden Ausländer die Abschaffung der Königswürde und verlangen die Uebertragung einer bürgerlichen Verwaltungsbehörde.

Provinz und Umgegend.

† Leipzig, 24. Nov. Heute vormittag wurde im Sitzungssaal der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt die Gründung der Actien-Gesellschaft Zoologischer Gärten zu Leipzig vollzogen. Ihr Grundkapital beträgt 500 000 Mk. in 1000 auf den Inhaber lautenden Aktien zu je 500 Mk. Aus dem Gesellschaftsvertrage ist hervorgehoben, daß die Aktiengesellschaft den Zweck hat, im öffentlichen Interesse einen dem Publikum zugänglichen, der Förderung naturwissenschaftlicher Kenntnisse und der Unterhaltung gewidmeten zoologischen Garten nebst Restaurationsanlagen in Leipzig zu unterhalten und zu betreiben. Am heutigen Tage tritt also der Zoologische Garten in ein neues Stadium seiner Wirkksamkeit.

† Halle, 25. Nov. Bei der Karstfeld-Ausstellung wurde der Züchter-Ehrenpreis der Landwirtschaftskammer dem Kaufgärtner Richter-Zwida zuerkannt; außerdem gelangten Silberne und Bronzene Preussische und anhaltische Staatsmedaillen, ferner Medaillen und Diplome der Kammer zur Verteilung.

Provinz und Umgegend.

† Weisensfeld, 28. Nov. Der Bahnbau Weisensfeld-Duerfurt mit Abzweigungen nach Mücheln und Schafstädt ist nach dem W. Kbl. der Verwirklichung um einen Schritt näher gerückt. Wie wir erfahren, ist der Eisenbahn-Baugesellschaft Burghard u. Co. in Berlin von dem für den Bahnbau gewählten Comité vorbehaltlich der mit Bestimmtheit erwarteten Genehmigung des Eisenbahnministers der Auftrag erteilt worden, die Vorarbeiten für den Bahnbau in Angriff zu nehmen.

† Erfurt, 24. Nov. Das Grab der heute vor 50 Jahren im Straßentampfe zu Erfurt gefallenen sieben Soldaten Georg Warthel aus Niederhofeln im Kreise Weimars, Josef Kaut aus Rescherhausen im Kreise Heiligenstadt (31. Infanterie-Regt.), August Diebel aus Mücheln im Kreise Duerfurt (4. Pionier-Abteilung), Johann Herbig aus Flachheim im Kreise Vangelnaja, Friedrich Hartmann aus Schnellrode im Kreise Duerfurt, Wilhelm Wicht aus Geyerode im Kreise Sangerhausen und Ferdinand Gehler aus Jöbing im Kreise Wittersfeld (8. Kaiser-Regiment), das sich auf dem Johannesfriedhof befindet, ist mit Blumen und Kränzen ausgeschmückt worden. Grab und Denkmal, das renovirt wurde, sind von einer Girtlande umwandt. Am Sonntag den 27. Nov., dem Gedächtnistage der Gefallenen, veranfaßte der hiesige aus Militärsippen bestehende Kriegerverein 1848/49 am Grabe der Gefallenen eine Gedächtnisfeier, zu der die auswärtig lebenden Kameraden aus jener Zeit erwartet werden.

† Erfurt, 24. Nov. Der Kreisamtschef des Landkreises Erfurt, welcher 40 Datschaften umfaßt, hat beschlossen, die Bekämpfung der Hamft erkrankung zu fördern. In der diesjährigen Fangperiode allein sind in der Flur Walsleben 12 200 Hamfter gefangen worden.

† Nordhausen, 24. Nov. Der Landwirt und Fleischermeister Ludwig in Toba wurde am Sonntag Abend, als er von dem umgefähr zwei Stunden von Toba entfernten Utsch nach Hause gehen wollte, an einem Walde, genau das Stödt, von einem Unbekannten angefallen, der ihm sein Geld abforderte. Der wackere Fleischer verlor aber die Gefährgegnung nicht, sondern bemerkte: „Wenns weiter nichts ist, die paar Pennige kauft Du ja bekommen.“ Er hielt dem Angreifer den Beutel entgegen, sobald aber dieser zusehen wollte, schlug ihn Ludwig dermaßen über den Schädel, daß der Angreifer zu Boden stürzte, worauf Ludwig die Flucht ergriff.

† Ronneburg, 24. Nov. Eine Infolge Jagd veranstalteten kürzlich die Pächter der Jagdgründe von Ramera, Kengelshel und Poritz, indem sie dieselbe unter Zuziehung einer Musikkapelle abhielten. Durch die Signale nicht nur von Trompeten, sondern auch eines mächtigen Tubas, wurden die Weister Kavmes aufgedreht und vor die todtbringenden Hörer getrieben, wobei nicht weniger als 46 ihr Leben unter Musikbegleitung lassen mußten.

† Glaucha, 26. Nov. Amlich wird gemeldet: Der von Juidan 12 Uhr 26 Minuten eintreffende Güterzug stieß mit dem 12 Uhr 4 Minuten von Glaucha nach Köhlin abgehenden Personenzug zusammen. Beide Locomotiven sind entgleist. Ein Bremser erlitt Armverletzungen. Verwundete wurden nicht verlegt. Nach den vorläufigen Erhebungen hat der Güterzug bei starkem Nebel das auf „Halt“ stehende Signal überfahren, trotzdem die üblichen Knallsignale ausgelegt waren. Der Verkehr wird eingeleitet anstrengt erhalten.

† Croppenstedt, 25. Nov. Einen recht bedenklichen Unfall erlitt der 18jährige Arbeiter Karl Röder durch den bekannten, abernen Scherz, dem im Hinfinken Begriffenen den Stuhl unvermuthet wegzunehmen. Dadurch kam der Vermeke so unglücklich zu Fall, daß er eine Verstauchung des Rückgrates erlitt. Der Schwerverletzte befindet sich in klinischer Behandlung zu Halle.

† Vom Harze, 25. Nov. Erlegt durch sechs Büchsenkugeln wurde dieser Tage vom Forstinspizanten Polzberg im Forstrevier Lanne eine Kuh, welche entpurrung ist und sich längere Zeit vollständig verwildert und überaus scheu in den Harzwäldern umhergetrieben hat.

† Altenburg (S.-A.), 25. Nov. In einer Strafe unserer Stadt riß am gestrigen Tage ein Leitungsdraht der elektrischen Straßenbahn und fiel zur Erde. Ein Geshirfführer fuhr trotz der Warnung mit seinem mit zwei Pferden bespannten Wagen über die am Boden liegende „Strippe“. Kaum hatten jedoch die Pferde diese berührt, als sie von den elektrischen Schlägen sofort zu Boden geworfen wurden, wo sie unendlich wild um sich schlugen. Der Kutscher, der die Pferde aufrichten wollte, erhielt durch die Thiere ebenfalls elektrische

Schläge. Erst nachdem der Draht von sachkundiger Hand durchgeschnitten worden war, konnten die Pferde aufgerichtet werden.

† Zeitz, 25. Nov. Im Anschluß an unsere Notiz in vor. Nr. theilen wir nachstehend noch Ausführlicheres über das Gesändniß des Raubmörders Wegener mit: Nachdem der Aufseher des Hamburger Zuchthauses sich bereits Donnerstag früh in mauffälliger Weise davon überzeugt hatte, daß er Wegener vor sich habe, wurde nachmittags der Kranke, dessen Zustand sich wesentlich gebessert hatte, einem Verhör unterzogen. Als er sich von der ersten Verhörung einigermaßen erholt hatte, bekannte er, der gesuchte Wegener zu sein, doch wollte er die Nothdandt in Gemeinschaft mit einem Unbekannten ausgeführt haben. Dieses Gesändniß änderte er in der verfloffenen Nacht dahin ab, daß er nicht selbst, sondern drei andere Männer, deren Persönlichkeit er nicht näher bezeichnen könne, den Mord verübt hätten. Selbstverständlich sind das nur Ausreden. Hätte er Mithäter gehabt, so würden diese ihn sicherlich nicht die in Hannover aufgefundenen Beute — Uhr, Kette und Portemonnaie — allein überlassen haben. Mit welcher Dreistigkeit Wegener nach der Nothdandt noch aufgetreten ist, erhellt aus dem Umstande, daß er in verschiedenen Herbergen, so auch in Halle und Leipzig, noch 14 Tage später unter seinem eigenen Namen logirte. Ueber die näheren Umstände der Entfarnung war die hiesige Kriminalpolizei heute Mittag noch ohne Kenntniß. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß sich im Falle Wegeners das Vertheilungsmessungsverfahren wieder einmal glänzend bewährt hat.

Vocalnachrichten.

Merseburg, den 29. November 1898.

** Die Lose zur 1. Klasse der 200. königl. preuß. Klassenlotterie sind unter Vorzeigung der Loose 199. Lotterie bis heute, Dienstag, Abend 6 Uhr eingezogen.

** Am Sonntag feierte der hiesige Missions-Gilfs-Verein sein 49. Jahresfest. Die Predigt im Dom hielt Herr Pastor Strümpfel aus Herzogenrath über 1. Sam. 14, 12. In anfassender Weise verglich er den Hilsverein mit Jonathans Wassenschiffen, der ihm die Hände zum Kampf stärkt. — Die Nachfeier fand in der „Reichskrone“ statt. Herr Pastor Werther berichtete zunächst über das Wichtigste des vergangenen Jahres aus dem Gebiete der Berliner Missionsgesellschaft. Durch Hungersnoth, Pinderpest und Heuschrecken war es ein schweres Jahr. Außerdem zerkürrte der Blig des Haus des Missionars in Panam in Kolumbia. Der Missionar und die Seinen blieben unverletzt. Ferner sind erst vor kurzem Nachrichten einetroffen, daß das Missionshaus in Kanton in China völlig abgebrannt sei. Vier Missionarsfrauen sind dem Klima Hitats erlegen. Und doch war es ein gesegnetes Jahr. Die Ueße, nördlich vom Roodland am Njassa-See begreuzt das Evangelium, und in China strecken sich die Hände aus nach dem Evangelium. Wenn wir nur mehr Missionare hiansenden könnten! Gestalt sind in Südafrika 3051 gegen 2408 im Vorjahre; in China 171. Im Ganzen zählt die Berliner Missionsgesellschaft jetzt auf 57 Hauptstationen 89 Missionare und 675 eingeborene Helfer. Die Einnahmen betragen 417506, die Ausgaben 413086 Mk., so daß ein Bestand von 4420 Mk. verbleibt. Doch konnten die Ausgaben in Ostafrika für das letzte Halbjahr noch nicht verrechnet werden, so daß in Wahrheit die Einnahmen die Ausgaben nicht ganz decken. Doch ist durch besondere Gaben das Defizit von 41 000 Mk. getilgt und im Jahre 1896 sind 10 695 und 1897 40 472 Mk. für die Sungenknoth in Afrika besonders gegeben worden. An neuen Unternehmungen des letzten Jahres sind vor allem die Uebernahme einer Mission in Klauten, sowie ein großer Anbau an das Missionshaus zu nennen. Im Anschluß an diesen Bau schilderte der Redner dann die Entwicklung unserer Missions-Gesellschaft und die Ausbildung der Missionare. Nach einer Pause gab dann Herr Pastor Strümpfel ein Bild des rheinischen Missionars Karl Hendrich aus Wierze a. d. Unstrut und seiner Frau, die auf Noche 29 Jahre geordnet haben. Jetzt ist die Frau, im Alter von 54 Jahren, nachdem sie als Wittve einige Zeit in der alten Heimat verlebte, wieder nach Wierze zurückgekehrt, um dort als Missionschwester thätig zu sein. — Mit Gebet und Segen schloß der Abend.

** Der preussische Handelsminister hatte sich kürzlich bewogen gefunden, vor dem Ankauf minderwerthiger amerikanischer Schuh-

waaren zu warnen, durch die deutsche Käufer geschädigt werden und der deutschen Schuhwaaren-Industrie eine höchst verberbliche Konkurrenz bereitet wird. Diese Warnung ist nunmehr auch von amerikanischer Seite selbst als durchaus begründet anerkannt worden. Die nordamerikanischen Schuhfabriken werden von beherrschlicher Seite unter Mittheilung des preussischen Ministerial-Erlasses vor einer Fortsetzung ihres bisherigen Verfahrens gewarnt und eindringlich ermahnt, nur gute Zeugnisse nach Deutschland zu senden, weil eine einseitige Senkung schlechter Schuhwaaren geeignet sei, die ganze amerikanische Industrie in Misere zu bringen.

** Der Merseburger Landwehrverein feierte am letzten Sonntag Abend in der Kaiser-Wilhelms-Halle sein 32jähriges Bestehen durch Concert, Theater und Ball. Das Fest wurde eingeleitet durch den schneidigen Marsch „Der kleine Tambour“ von Schreiner und die prächtige Ouverture aus der Oper „Die Tochter des Regiments“ von Donizetti. Hierauf trug der gut geschulte Sängerkor des Vereins das schöne Lied „Morgengruß aus Vaterland“ von E. Altenhofer vor, den später noch die Männerchöre „Frühlingssong“ von Beethoven, „Des Kindes Klage“ von E. Rabbert und „Mein Vaterland, wie prangt du schon“ von A. Stern folgten. Ein von Herrn Hermann Selle verfaßter und von einer Dame gesprochener Prolog gab einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung des Vereins und schloß mit dem Wunsch, der Landwehrverein möge auch fernwärts wachsen und gedeihen. Im Anschluß hieran hieß der Director des Vereins, Herr Oberverwaltungs Rath Pogge, die anwesenden Gäste herzlich willkommen und sprach in kurzen Worten über die jüngsten wichtigen Ereignisse. Einiges glücklichen Gelingen erfreuten sich auch die übrigen musikalischen Darbietungen, wie das Duett aus der Oper „Rinda“ von Bellini, der Walzer „Am Reduitstrand“ von Müllner, „Die Waldvögelin“, Polka für 2 Trompeten von Meyer, die Fantasie a. d. Oper „Zampa“ von Herold und das humoristische Potpourri „Melodien-Weistreit“ von Schreiner. Das sonstige Theaterstück „Müde im Verhör“ und das gelungene Complot „Mündigkeit“ von Renfer erzielten eine ungemein erhebende Wirkung. Den Schluß des Programms bildete die Aufführung des Gesendstückes „Saint Privat“ von Guldau Braun, dessen gelungene Darstellung den Mitwirkenden lebhaften Beifall eintrug. Der sich anschließende Ball hielt die Festtheilnehmer bis in die Morgenstunden in kameradschaftlicher Gemüthlichkeit beschaffen.

** Nach dem ständigen Eis- und Wetterbericht des Gothaer Meteorologen Habenicht verläßt sich die Aussichten auf einen gelinden Winter in Nord-, West- und Mitteleuropa, während Nordamerika einen strengen Winter zu erwarten haben dürfte.

** Auf der Reumarktsbrücke fuhr gestern Nachmittag ein auswärtiger Radfahrer beim Ausweichen gegen eine eiserne Wellmaschine, kam dadurch zum Sturz und zog sich eine Verletzung des einen Armes zu. Auch das Rad war erheblich beschädigt worden.

Öffentliche Schöffengerichtssitzung

vom 26. November 1898.

In heutiger Sitzung des Schöffengerichts hiesestets wurden nachfolgende Straffälle verhandelt:

1) Aus der Unterbringungshaft erließen auf der Anklagebank der anher wegen Diebstahls und Körperverletzung, sehr oft wegen Betruges verurtheilt, am 1. März 1840 zu Zeitz geborene, heimathlose Herrnhuter Johann Louis K. Derselbe ist angeklagt und geständig, am 20. d. M. zu Bernhof geteilt zu haben und ist deshalb auf Antrag des Ansanwalts zu 3 Wochen Haft und bemäthigte Ueberweisung an die Landespolizeibehörde verurtheilt worden.

2) Auf die anher übermüthige Waffler, wegen Verleumdung, vorläufiger freierlicher Mithaltung und Bedrohung mit Begehung eines Verbrechen hatten sich der Arbeiter Karl M. hier, geboren hiesestets am 19. August 1862, nicht verheiratet, und die Ehefrau des Arbeiters Emil S., Pauline geb. S., hier, geboren zu Strethen am 20. Dezember 1859 und noch unverheiratet, zu verhandeln. Derselben sind angeklagt: 1) Karl M. durch vier selbständige Sandlungen im August 1898 zu Verleumdung, a. die verehelichte Pauline S. durch Worte beleidigt zu haben. Vergehen gegen § 185 St.-G.-B., b. dieselbe mittelst eines Dolmetschers, eines gefährlichen Werkzeugs, vorläufig übermäßig mißhandelt zu haben. Vergehen gegen § 223 a St.-G.-B., c. dieselbe durch Worte: „Do ist die Ngl. ich schlage das Aas todt“, mit der Begehung des Todtschlags bedroht zu haben. Vergehen gegen § 24 St.-G.-B., d. auf dieselbe mit Steinen geworfen zu haben. Verleumdung gegen § 336 Bff. 7 St.-G.-B., 2) Die verehel. S. durch zwei selbständige Handlungen im August 1898 zu Verleumdung, a. den Arbeiter Karl M. mittelst eines Dolmetschers, eines gefährlichen Werkzeugs vorläufig übermäßig mißhandelt zu haben. Vergehen gegen § 223 a St.-G.-B., b. auf denselben einen Holzspannstoß, einen harten Körper geworfen zu haben. Ueberverletzung gegen § 336 Bff. 7 St.-G.-B. Gegen letzteren wurde noch der Verleumdungs wegen a — c zu 5 Mark Geldstrafe, einem Tag Gefängnis, wegen d eine Geldstrafe in Höhe von 2 Mark oder einen Tag Haft gegen die S. wegen a auf Freisprechung, wegen b eine Geldstrafe von einer Mark oder einen Tag Haft erkannt.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

(mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonanzahl Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Musikalisches Sonntagsblatt, Mode und Heim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 279.

Dienstag den 29. November.

1898.

Für den Monat Dezember werden noch Abonnements auf den „Merseburger Correspondent“, zum Preise von 40 Pfg. resp. 42 Pfg. von allen Postanstalten, Postbüros, sowie in der Expedition entgegengenommen. Inserate finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Eine Vereinigung von Lehrern aller Unterrichtsanstalten.

** In Greifswald hat am 12. d. die konstituierende Versammlung einer Lehrervereinigung stattgefunden, der sich sofort 40 Professoren der Universität, sämtliche Lehrer des Gymnasiums und der Realschule, die meisten Lehrer der höheren Mädchenschulen, fast alle Lehrer an den Bürger- und Volksschulen, sowie Lehrer der Landwirtschaftsschule in Ohre, über 100 Mitglieder angeschlossen. Professor Bernheim, der die Anregung zu dieser „Vereinigung“ gegeben hat, und der auch zum Obmann gewählt wurde, bezeichnete die Aufgabe derselben nach den „Pomm. Blättern“ also: „Für die Lehrer aller Schulkategorien giebt es ein reiches, jedoch ungenutztes Interesse. Wissenschaft und Unterricht hängen auf das Engste zusammen. Die Schule empfangt von der Wissenschaft zunächst den Stoff, den sie den Schülern zu bieten hat, und es verdient die sorgfältigste Überlegung, wie weit jede Welle der Forschung in den Unterricht hineinschlagen darf. Wir sind oft erstaunt, wie unvernünftig man die Ergebnisse der Wissenschaft in die Schule einzuführen sich bemüht.“ (S. Rheinische Directoren-Conferenz, 1894.) Gerade in unserer Zeit, wo Alles in Bewegung ist, muß man doppelt vorsichtig prüfen, ob man jeglichem Reizen die Schulkür öffnen darf. (Redner erinnert an die auf Hygiene sich gründende Methode des Französischen u. a.) — Weiter bietet die Wissenschaft auch das Richtziel für die Methode, wie andererseits auch die Methode die Wissenschaft beeinflusst. Es ist z. B. der rücksichtslos schreitende Lehrgang in der Geschichte von der Wissenschaft gerichtet; denn er zerstört den Sinn für die Zeitfolge und den Begriff der Entwicklung. — Nach dem Redner die Beziehungen der Universität zum Gymnasium dargelegt hat, zeigt er, daß solche auch zur Volksschule vorhanden sind und meint, die Elementarschule sei die hohe Schule der Methode, auch für den Unterricht auf der Universität, denn dort fließt der Strom der Pädagogik am kräftigsten. Man könne sich freilich aus Büchern über Unterrichtsfragen informieren, aber diese könnten nie den persönlichen Verkehr ersetzen. „Wir haben alle an einem Werte, und es kann keinem von uns gleichgültig sein, wie an der Spitze, wie an der Basis gearbeitet wird; denn die Volksbildung ist ein Ganzes.“ Auf die Ausföhrung seines Planes übergehend, meint Redner, es sollten in erster Linie pädagogische Themen behandelt werden, Stoffliches aber nicht ganz ausgeschlossen sein. Zunächst wären allgemeine Fragen zu bearbeiten, die alle Schulstufen angehen; später könnten auch Sectionen gebildet werden. Monatlich solle eine Sitzung stattfinden, die Organisation vorläufig eine ganz lose sein; ein Obmann, der die Geschäfte führe, möge genügen, bis man später vielleicht einen Vorstand wähle. „Sollten wir scheitern, schloß der Redner, so kann uns der Versuch nur zur Ehre gereichen; haben wir aber Erfolg, so schaffen wir vielleicht etwas, das an deutschen Vaterlande vorbildlich wirkt.“ Der dieser Vereinigung zu Grunde liegende Gedanke hat, namentlich auch in den Kreisen der Volksschullehrer, lebhaften Beifall gefunden. Die Regierg, „Kraus, Schulz“, giebt ihrer Freude über diese Vereinigung und ihrem Wunsch, daß

dieselbe zum Vorbild für andere Orte dienen möge, Ausdruck und bemerkt dann: „Das hatten wir schon bei der Gründung unserer Lehrervereine im Auge, aber es schien, als sollte das nur ein schöner Traum bleiben. Jetzt wird der Traum Wahrheit. Und dazu haben sicher unsere Lehrervereine auch ein gut Theil beigetragen, sie haben den Idealismus und die Wissenschaft in ihren beiderseitigen Kreisen treu gepflegt und mancher lehrmäßig gebildete Lehrer ist dadurch zu tiefem Studium angeregt und manches Werk von nicht vorübergehendem Werthe ist dadurch ins Leben gerufen worden. Wir aber gratuliren den Greifswalder Collegen zu diesem schönen Erfolge, wir danken den Herren der Lehrererschulen und der Universität für die Aufnahme eines Verhältnisses, das eine neue Entwicklung unseres gesammten Schulwesens einzuleiten geeignet ist.“

Die Beilegung der lippe'schen Streitfrage

wird offiziell durch das „Wolff'sche Telegraphen-Bureau“ angekündigt. Dasselbe berichtet aus München:

Der „Allgemeinen Zeitung“ wird aus Stuttgart telegraphirt, infolge der persönlichen Rücksprache des Kaisers mit König Wilhelm und dem Prinzregenten Luitpold in München sei in der lippe'schen Frage eine Wendung eingetreten, welche allen Vaterlandsfreunden zur Befriedigung gereichen könne. Zwischen dem Kaiser und der Mehrzahl der größeren Bundesfürsten sei Uebereinstimmung dahin erzielt, daß auch in der Behandlung dieser Frage, die großen nationalen Gesichtspunkte den Ausschlag geben werden.



In der Dreifuß-Angelegenheit

ist das Interesse augenblicklich vorwiegend auf den Fall Picquart gerichtet, der die breite Öffentlichkeit in ausgiebigster Weise beschäftigt während von der Thätigkeit des Kassationshofes nur das Wenige bekannt wird, was amtlich zu Veröffentlichungen für gut befunden wird. Das Geheimnis, mit dem der höchste Gerichtshof sich umgibt, ist wirklich einmal un-durchdringlich und so gut bewahrt, daß es nicht einmal möglich ist, auch nur die Ungeheuerlichkeiten der Sitzungen zu beobachten. Der ganze Fittgel des Justizpalastes, so wird der „Frankf. Zg.“ berichtet, den der höchste Gerichtshof einnimmt, ist nicht nur für das große Publikum, sondern auch für die

Richter, Advokaten und Bedienten des Justizpalastes abgeschlossen; an den beiden Zugängen steht je ein Gardist mit aufgepflanztem Seitengewehr. Er weiß gar nichts, als daß es ihm verboten ist, irgend Jemanden eintreten zu lassen; da hilft kein Verhandeln und kein Unterhandeln, und aller Flehens eifer scheitert an beiden Posten. Die amtliche „Agence Havas“ und die noch amtlichere „Gazette des Tribunaux“ veröffentlichen täglich kurze Notizen über die Sitzungen des Kassationshofes, aber selbst diese inhaltsarmen Bulletin gehen in ihren Behauptungen gewöhnlich auseinander. Soviel ist nur sicher, daß der Kassationshof mit Feuereifer arbeitet.

Eine öffentliche Bewegung zu Gunsten Picquart's, welche die Regierung schwerlich ignoriren kann, beginnt sich mit Macht zu entfalten, seitdem bekannt geworden ist, daß Picquart vor ein Kriegsgericht gestellt werden soll. Eine Anzahl hervorragender Männer, Gelehrte, Senatoren, Künstler, Schriftsteller und andere „Intellektuelle“ erheben öffentlich Einspruch wider die gegen Picquart gerichteten Anklagen. Sie fordern zu weitem öffentlichen Einspruch auf. Wie Wolff's Bureau aus Paris meldet, trägt der Protest gegen die Verfolgung Picquart's bereits tausende von Unterschriften, darunter diejenigen von Anatole France und Adolf Carnot, dem Bruder des verstorbenen Präsidenten.

Auch die französischen Parlamente werden sich mit der Sache demüthig zu beschäftigen haben. Wie verlautet, beabsichtigen Millerand, Ribot und Poincaré am nächsten Montag einen Antrag einzubringen, welcher bezweckt, Picquart der Jurisdiction des Kriegsgerichts zu entziehen.

Am Senat beabsichtigt Volland eine Interpellation einzubringen über die Zweckmäßigkeit, die Aburtheilung Picquart's durch das Kriegsgericht bis nach der Entscheidung des Kassationshofes hinauszufchieben.

Esterhazy sticht, wie der „Radical“ mittheilt, geht von der öffentlichen Meinung und der eigenen Furcht, um den Händen der Gerechtigkeit zu entgehen, von Land zu Land. Von London begab er sich nach Holland, wo er in einem Amsterdamer Tingeltangel von zwei Franzosen gesehen und angesprochen wurde. Er fühlte sich nicht mehr sicher in England, weil der Richter Verulius in Folge der Klage seines Vaters Christian Esterhazy wegen Betruges die Auslieferung des Majors treibt. Als er davon Wind erhaltn, floh Esterhazy nach Holland, wo die Auslieferungsformalitäten noch verwickelter sind als in England.

Politische Uebersicht.

Belgien. Ueber die Abrüstungsfrage wurde am Freitag in der belgischen Repräsentantenkammer verhandelt. Die Kammer lehnte eine Tagesordnung des Sozialisten Denis ab, in welcher verlangt wird, daß die Regierung die Nichtschär ihrer Verhältnisse für die Abrüstungskonferenz lehne. Der Minister des Auswärtigen hielt die Ansicht aufrecht, daß die belgische Regierung, die dem Vorschlag des Kaisers von Rußland zustimmte, sich nicht an dessen Stelle legen dürfe hinsichtlich des weiteren Vorgehens.

Spanien und Amerika. Die Annahme der amerikanischen Friedensbedingungen einschließlich der Abtretung der gesammten Philippinen durch Spanien ist Tagesache. Der spanische Ministerrath genehmigte am Freitag einstimmig die Note, welche an die Friedenscommission nach Paris telegraphirt werden wird. Ueber den Inhalt der Note wird Stillschweigen beobachtet. Man glaubt, daß die Verhandlungen über die Philippinenfrage am nächsten Montag zum Abschluß gelangen werden. Dieser letzte Satz deutet unumwunden darauf hin, daß Spanien sich gefügt hat. — Am Freitag Abend 10 Uhr fand ein vom